

Antrag 235/I/2025**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in Fassung der AK und Überweisung an SPE-Kongress und S&D-Fraktion (Konsens)****Unsere Demokratie ist nicht kaufbar - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!**

1 Wir fordern:

2 1. umfassende Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-
3 Konzernen durch:4 a) EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne,
5 die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten
6 oder verbreiten. Dies könnte empfindliche
7 Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangs-
8 sperren umfassen.9 b) Verpflichtende Kooperation mit unabhängi-
10 gen Fact-Checking-Organisationen. Diese soll-
11 ten durch eine Digitalsteuer finanziert werden,
12 um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.13 c) Einrichtung einer europäischen Digitalaufsicht
14 mit echten Durchgriffsrechten. Diese Behör-
15 de müsste befugt sein, Inhalte zu löschen, Al-
16 gorithmen zu prüfen und notfalls auch die
17 Zwangserlegung von Monopolen anzuord-
18 nen.19 d) Strikte Regeln für politische Werbung auf digi-
20 talen Plattformen, einschließlich Transparenz-
21 pflichten und Obergrenzen für Ausgaben.22 e) Förderung digitaler Medienkompetenz durch
23 EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerin-
24 nen und Bürger besser gegen Desinformation
25 und Manipulation zu wappnen.26 2. die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-
27 Registers für politische Werbung und Zielgruppen-
28 Targeting29 3. Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen
30 bei Verstößen gegen Wahlfairness und politische
31 Manipulation32 4. Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der po-
33 litischen Neutralität

34

35

36 **Begründung**37 1. Die Macht der Tech-Milliardäre In den letzten Jahren ha-
38 ben Tech-Milliardäre wie Elon Musk, Mark Zuckerberg und
39 Shou Zi Chew eine beispiellose Machtposition in der digi-
40 talen Öffentlichkeit erlangt. Ihre Plattformen – X (ehemals
41 Twitter), Meta (Facebook, Instagram) und TikTok – sind zu
42 den zentralen Arenen des öffentlichen Diskurses gewor-
43 den. Diese Konzentration von Einfluss in den Händen we-
44 niger Individuen stellt eine ernsthafte Bedrohung für un-
45 sere Demokratie dar. Die Tech-Bosse nutzen ihre Kontrol-
46 le über digitale Infrastrukturen, um politische Debatten
47 zu manipulieren, rechtsextreme Bewegungen zu fördern

Wir fordern:

1. umfassende Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-
Konzernen durch:a) EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne,
die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten
oder verbreiten. Dies könnte empfindliche
Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangs-
sperren umfassen.b) Verpflichtende Kooperation mit unabhängi-
gen Fact-Checking-Organisationen. Diese soll-
ten durch eine Digitalsteuer finanziert werden,
um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.c) Einrichtung einer europäischen Digitalaufsicht
mit echten Durchgriffsrechten. **Diese Behörde
müsste über hinreichende Kompetenzen ver-
fügen, darauf zu drängen, dass rechtswidrige
Inhalte schnellstmöglich gelöscht werden, so-
wie Algorithmen zu prüfen und notfalls auch
die Zwangserlegung von Monopolen anzu-
ordnen.**d) Strikte Regeln für politische Werbung auf digi-
talen Plattformen, einschließlich Transparenz-
pflichten und Obergrenzen für Ausgaben.e) Förderung digitaler Medienkompetenz durch
EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerin-
nen und Bürger besser gegen Desinformation
und Manipulation zu wappnen.2. die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-
Registers für politische Werbung und Zielgruppen-
Targeting3. Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen
bei Verstößen gegen Wahlfairness und politische
Manipulation4. **den Aufbau und die Unterstützung bestehen-
der Projekte dezentraler, öffentlich-rechtlicher
EU-Plattformen**5. Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der po-
litischen Neutralität

48 und demokratische Institutionen zu untergraben. Ihre Al-
49 gorithmen bestimmen, welche Informationen Millionen
50 von Menschen sehen, während ihre geschäftlichen Ent-
51 scheidungen direkte Auswirkungen auf Wahlen und ge-
52 sellschaftliche Diskurse. Wir sagen: Unsere Demokratie ist
53 nicht kaufbar!

54

55 1. Systematische Beeinflussung sozialer Medien

56 Im Dezember 2024 veröffentlichte Musk einen Gastbei-
57 trag in der "Welt am Sonntag", in dem er die AfD als
58 "letzten Funken Hoffnung für Deutschland" bezeichne-
59 te. Er lobte die Positionen der Partei und stellte sie
60 als "einzige Alternative zum politischen Establishment"
61 dar. Diese offene Parteinahme eines der einflussreichsten
62 Tech-Unternehmer der Welt für eine offene rechtsextre-
63 me und menschenfeindliche Partei ist nicht hinnehm-
64 bar! Noch gravierender war Musks Auftritt bei der AfD-
65 Wahlkampfauftaktveranstaltung in Halle (Saale) im Janu-
66 ar 2025. Per Videoschaltte erklärte er vor tausenden Anhän-
67 gern: "Die AfD hat meine volle Unterstützung – und die
68 der Trump-Regierung." Diese direkte Einmischung eines
69 ausländischen Milliardärs in den deutschen Wahlkampf
70 zur Unterstützung einer rechtsextremen Partei stellt ei-
71 nen beispiellosen Vorgang dar. Die AfD nutzte Musks
72 enorme Reichweite gezielt, um junge Wähler*innen mit
73 Slogans wie "Make Germany great again" anzusprechen.
74 Die Folgen dieser Unterstützung sind messbar und alar-
75 mierend. Eine Studie der TU München belegt, dass der X-
76 Algorithmus AfD-Inhalte um 800% gegenüber Beiträgen
77 der SPD priorisiert. Dies bedeutet eine massive Verzerrung
78 des demokratischen Diskurses zugunsten rechtsextremer
79 Narrative. Millionen von Nutzer*innen werden so täg-
80 lich mit AfD-Propaganda konfrontiert, während kritische
81 Stimmen systematisch marginalisiert werden. Die Alli-
82 anz zwischen Tech-Bosse und rechtspopulistischen Politi-
83 ker*innen wurde besonders deutlich bei Donald Trumps
84 Amtseinführung im Januar 2025. Elon Musk, Mark Zucker-
85 berg und TikTok-Chef Shou Zi Chew demonstrierten ihre
86 Unterstützung für den neuen Präsidenten, indem sie in
87 der ersten Reihe Platz nehmen. Dieses Bild ging um die
88 Welt und symbolisiert die unheilvolle Verschmelzung von
89 Tech-Macht und autoritärer Politik und wie Superreiche
90 direkt politische Macht ausüben und demokratische Pro-
91 zesse aushebeln.

92

93 1. Hate Speech: Entgrenzung und Scheinlösungen

94 Die Verbreitung von Hass und Hetze in sozialen Medi-
95 en hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.
96 Betroffene müssen ein menschenverachtendes Verhalten
97 erleben und das Schlimmste daran: Ahndungen, effek-
98 tive Lösungen und Regulierungen bleiben aus. Täter*in-
99 nen werden nicht verfolgt und Betroffene alleine gelas-
100 sen. Statt dieses Problem entschieden anzugehen, haben

101 die Tech-Giganten oft nur Lippenbekenntnisse abgege-
 102 ben und Maßnahmen ergriffen, die die Situationen för-
 103 dern. Dies macht sie unzweifelhaft zu Mittäter*innen. So
 104 hat Mark Zuckerbergs Ankündigung Januar 2025 ange-
 105 kündigt, Faktenchecks bei Meta abzuschaffen und durch
 106 nutzergenerierte "Community Notes" zu ersetzen. Dieses
 107 Modell, das bereits auf X zu beobachten ist, öffnet der
 108 Verbreitung von Desinformation Tür und Tor. Statt profes-
 109 sionelle Faktenchecker*innen einzusetzen, die Falschin-
 110 formationen identifizieren und kennzeichnen, sollen nun
 111 die Nutzer*innen selbst entscheiden, was wahr ist und
 112 was nicht. In der Praxis führt dies oft dazu, dass gut or-
 113 ganisierte Gruppen – wie rechtsextreme Netzwerke – die
 114 "Community Notes" kapern und ihre Sichtweise durch-
 115 setzen. Zuckerbergs Ergänzung, dass die Stimmung auf
 116 Meta-Plattformen "freundlich und positiv" bleiben solle,
 117 steht im krassen Widerspruch zur Realität steht, da Nut-
 118 zer*innen täglich mit antisemitischen, rassistischen und
 119 diskriminierenden Inhalten konfrontiert werden. Sein Ver-
 120 such, die Verantwortung zu leugnen, ist untragbar, da er
 121 durch Meta eine der einflussreichsten Positionen im Tech-
 122 Sektor innehat. Auch unabhängige Journalist*innen wer-
 123 den auch zur Zielscheibe von Hate Speech, was eine ohne-
 124 hin unabhängige Berichterstattung weiter erschwert und
 125 Journalist*innen einschüchtern. Besonders besorgniserre-
 126 gend ist Metas Ankündigung, Moderations-Teams nach
 127 Texas zu verlegen. Dies gefährdet den Schutz vor deutsch-
 128 sprachiger Hetze massiv, da kulturelle und sprachliche
 129 Nuancen verloren gehen. Die Auslagerung der Content-
 130 Moderation in Länder mit schwächeren Arbeitnehmer*in-
 131 nenschutz ist zudem ein Schlag gegen faire Arbeitsbedin-
 132 gungen im digitalen Zeitalter.

133

134 **1. TikTok als Werkzeug rechter Narrative** Die Plattform
 135 TikTok hat sich in den letzten Jahren zu einem mäch-
 136 tigen Werkzeug für die Verbreitung rechtsextremer
 137 Ideologien entwickelt. Besonders die AfD nutzt die
 138 App gezielt, um junge Wählerinnen und Wähler zu
 139 erreichen und zu beeinflussen.

140 Die WDR-Dokumentation "Undercover in der TikTok-
 141 Armee der AfD" hat schockierende Einblicke in die Stra-
 142 tegien der Partei geliefert. Die AfD setzt auf emotiona-
 143 le Kurzvideos, die komplexe politische Themen auf simp-
 144 le, oft irreführende Botschaften reduzieren. Rassistische
 145 Narrative werden in scheinbar harmlose Unterhaltungs-
 146 formate verpackt, um die Hemmschwelle für die Verbrei-
 147 tung zu senken. Besonders problematisch ist die Priorisie-
 148 rung von AfD-Inhalten durch den TikTok-Algorithmus. Vi-
 149 deos, die etwa die menschenverachtende "Remigrations"-
 150 Forderung als "humane Lösung" darstellen, erreichen Mil-
 151 lionen von Nutzer*innen. Dies führt zu einer Normalisie-
 152 rung rechtsextremer Positionen und untergräbt den de-
 153 mokratischen Diskurs. Die Verflechtungen von Tech-Bosse

154 und Politiker*innen wie Elon Musk und Trump ist gefähr-
155 lich. Nach Trumps Wahlsieg 2024 kam es zu einem folgen-
156 schweren Deal: Trump hob alle Restriktionen gegen Hass-
157 rede auf X auf. Im Gegenzug sicherte Musk zu, Trumps
158 Lügen über angeblichen Wahlbetrug nicht mehr als sol-
159 che zu kennzeichnen. Diese Absprache verdeutlicht, wie
160 Tech-Bosse ihre Plattformen als Machthebel für autori-
161 täre Politiker*innen instrumentalisieren. Die Aufhebung
162 von Hate-Speech-Richtlinien öffnet die Türen für Desin-
163 formation und Hetze. Gleichzeitig untergräbt die Weige-
164 rung, Falschaussagen zu kennzeichnen, die Integrität de-
165 mokratischer Prozesse. Die Folgen dieses Deals sind be-
166 reits sichtbar: Rechtsextreme Inhalte verbreiten sich un-
167 gehindert auf X, während Trumps unbelegte Behauptun-
168 gen über Wahlmanipulation Millionen von Menschen er-
169 reichen. Unsere Demokratie wird zugunsten von einfluss-
170 reichen Menschen niedergetreten.

171

172 1. EU: Zwischen Regulierung und Kapitulation

173 Bisher hat die EU keine spürbaren Maßnahmen unter-
174 nommen, um den Tech-Bossen entgegenzuwirken. Ein
175 großes Versagen der EU ist auch der Umgang mit TikTok.
176 Trotz Ermittlungen wegen möglicher Weitergabe von Nut-
177 zerdaten an chinesische Behörden gibt es bisher kein EU-
178 weites Verbot oder strikte Auflagen für die Plattform. Dies
179 ermöglicht es der AfD weiterhin, TikTok als Propagandain-
180 strument zu nutzen und junge Menschen mit rechtsextre-
181 men Inhalten zu erreichen.

182 Es braucht ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen
183 auf EU-Ebene, damit die Macht der Tech-Bosse wirksam
184 eingedämmt und der digitale Raum demokratisiert wird.

185

186 1. Vergesellschaftung statt Plattformkapitalismus

187 Wir fordern nach wie vor mit Nachdruck die Vergesell-
188 schaftung sozialer Medien.

189 Konkret schlagen wir den Aufbau einer dezentralen,
190 öffentlich-rechtlichen EU-Plattform vor. Diese Plattform
191 soll nach dem Modell des öffentlich-rechtlichen Rund-
192 funks (ARD/ZDF) organisiert sein und dem Gemeinwohl
193 verpflichtet sein. Statt Profitmaximierung stünden hier
194 demokratische Werte, Meinungsvielfalt und der Schutz
195 marginalisierter Gruppen im Vordergrund.